



Landeshauptstadt
Mainz

2020 im Frauenbüro

Ein Arbeitsbericht

Inhalt

	<i>Seite</i>
Einleitung.....	4
Veranstaltungen 2020.....	5
Öffentlichkeitsarbeit.....	6
Dritter Gleichstellungsaktionsplan.....	7
Kooperationen.....	7
Antigewaltarbeit.....	10
Frauenbüro als Gleichstellungsstelle.....	12

Einleitung

Gäbe es neben dem Wort und dem Unwort auch einen Satz des Jahres, müsste der für 2020 wohl heißen: »...und dann kam Corona.«

Spätestens ab Mitte März war der Arbeitsplan des Frauenbüros für das Jahr 2020 mehr oder minder Makulatur. Eigene Veranstaltungen oder die Beteiligung an Veranstaltungen anderer Organisationen waren obsolet geworden. Besprechungen, Sitzungen, Treffen mit Bündnispartnerinnen etc. fanden erst nach und nach wieder statt, wenn es die gerade zulässige Teilnehmerinnenzahl erlaubte.

Wenn nicht, halfen anfangs Telefonkonferenzen, später dann, nachdem auch wir nicht mehr vollkommen von der digitalen Außenwelt abgeschnitten waren, vermehrt Videokonferenzen.

Arbeit aber gab es trotz allem genug! Das betraf und betrifft uns in der Stadtverwaltung genauso wie alle Frauenberatungs- und Anlaufstellen, genauso wie die frauen- und gleichstellungspolitischen Organisationen und ihre Akteurinnen.

Wie bei vielen anderen, so ging es auch im Frauenbüro immer wieder um die Beachtung von und den Umgang mit den aktuellen Schutzmaßnahmen, um den eigenen Infektionsschutz und gleichzeitig um Präsenz und die Weiterführung der nach innen und außen gerichteten Arbeit.

Uns begleiteten die Fragen: Was ist wie möglich und auch sinnvoll? Was geht gar nicht? Welche Alternativen bieten sich an?

Was sich 2020 realisieren ließ, ist hier nachzulesen.

Frauenbüro Landeshauptstadt Mainz
Februar 2021



Veranstaltungen 2020

27. Januar - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Seit vielen Jahren beteiligt sich das Frauenbüro, meist gemeinsam mit anderen Einrichtungen, an den Veranstaltungen des Landes Rheinland-Pfalz zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sichtbarmachung der weiblichen Opfer des NS-Regimes.

Am 27. Januar 2020 zeigten die Mainzer Kammertheater, das Frauenbüro und das Kulturamt der Stadt und das Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz die musikalisch-szenische Lesung *»Ich möchte den Himmel mit Händen fassen«* - Ein Abend für Selma Merbaum von Petra Steck und dem Thomas-Bachmann-Trio.



13. Februar - Besuch einer Delegation weiblicher Abgeordneter aus Nigeria

Frauen in der Politik war Thema einer Besuchsreise weiblicher Mitglieder der Nationalversammlung und des Repräsentantenhauses aus Nigeria. Teil des Programms des Bundesaußenministeriums war ein Aufenthalt in Rheinland-Pfalz. Hierzu hatte der Landtag Gesprächsrunden organisiert. Das Frauenbüro war eingeladen, den Delegationsmitgliederinnen über die Repräsentanz von Frauen in der Mainzer Kommunalpolitik und Verwaltung zu berichten, ebenso über die politischen Bemühungen, Geschlechterparität herzustellen.

14. Februar - One Billion Rising

Initiiert vom Evangelischen Stadtjugendpfarramt und der Evangelischen Jugend Mainz, organisatorisch unterstützt vom Staatstheater Mainz, dem Frauenzentrum Mainz sowie dem Frauenbüro, dem Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern und dem Mädchenarbeitskreis der Landeshauptstadt

Mainz fand mit dem Tanz gegen Gewalt am 14. Februar eine der letzten frauenpolitischen Großveranstaltungen statt. Mehr als zweihundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer tanzten auf dem Leichhof zu »Break the Chain« gegen jegliche Form von Gewalt an Frauen.

6. März - Platzbenennung nach Maria Einsmann

Mit der Neugestaltung der Großen Langgasse und der Schaffung eines Platzes im Bereich der Kötherhofstraße bot sich die Möglichkeit, an die Lebensgeschichte der Frau zu erinnern, die bis zu ihrer Entdeckung 1931 rund zwölf Jahre als Joseph Einsmann in Mainz gelebt und gearbeitet hat. Ins öffentliche Bewusstsein rückte damit auch ihre langjährige Lebensgefährtin Helene Müller. Beide Frauen gemeinsam hatten das System überlistet, das Männer in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bei der Vergabe von Arbeitsplätzen bevorzugte. Bereits 2014 hatte der Ortsbeirat Altstadt die Benennung vorgeschlagen, 2019 folgten der Kulturausschuss und der Stadtrat dem Vorschlag.

Aus Anlass des 61. Todestags von Maria Einsmann am 4. März und dem Internationalen Frauentag am 8. März fand am 6. März die offizielle Einweihung des Platzes durch den Oberbürgermeister und weitere Repräsentantinnen der Stadtpolitik statt. Begleitend dazu erarbeitete das Frauenbüro die Broschüre *»Die Frau in Männerkleidung. Der Fall Maria Einsmann.«* Presseberichte aus den Jahren 1931 und 1932.

8. März - »Katharina oder: die Kunst Arbeit zu finden« Ein Filmnachmittag für Maria Einsmann

Maria Einsmann stand auch im Mittelpunkt der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, zu der das Frauenbüro und das Haus des Erinnerns - für Demokratie und Akzeptanz eingeladen hatten.

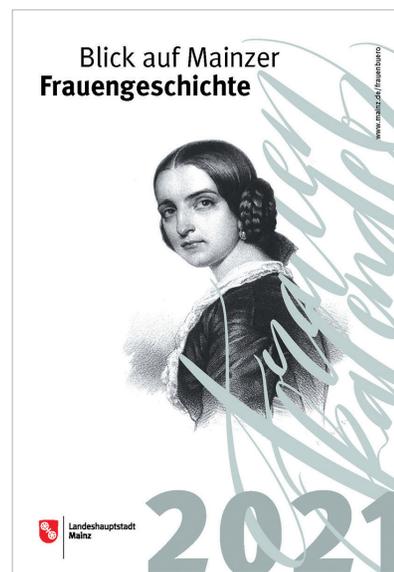
Gezeigt wurde, so gerade eben noch vor großem Publikum, der bereits 1995 von der Dokumentarfilmerin Barbara Trotnow gedrehte Film *»Katharina oder: die Kunst Arbeit zu finden.«* Im Anschluss bestand Gelegenheit zum Gespräch mit der Regisseurin.



Bis auf die Fahnenhissung zum 25. November vor dem Stadthaus Große Bleiche, mussten alle weiteren geplanten Veranstaltungen ausfallen.

Öffentlichkeitsarbeit

- Zur Platzbenennung nach Maria Einsmann und der Filmvorführung am 8. März erschien die Broschüre »Die Frau in Männerkleidung. Der Fall Maria Einsmann. Presseberichte aus den Jahren 1931 und 1932«.
www.mainz.de/verwaltung-und-politik/beiraete-beauftragte/die-frau-in-maennerkleidung-der-fall-maria-einsmann.php
- Einst gefeierten und doch vergessenen Bühnenkünstlerinnen widmete sich der mittlerweile 31. Kalender »*Blick auf Mainzer Frauengeschichte*«. Seit drei Jahrzehnten gehört die Erarbeitung des Kalenders zu den festen Größen im Frauenbürokalender.
- Vorbereitet werden konnten die völlig überarbeitete Neuauflage der Broschüre »*Frauenleben in Magenza*« mit Porträts jüdischer Mainzerinnen und Texten zur jüdischen Frauengeschichte in Mainz. Die Veröffentlichung erscheint zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und anlässlich der Aktivitäten zu 1700 Jahren jüdisches Leben in Deutschland.
- Ebenfalls vorbereitet werden konnte eine Veröffentlichung mit Interviews ganz unterschiedlicher Mitarbeiterinnen aus der Verwaltung, aus Eigenbetrieben und einem stadtnahen Unternehmen. Sie erscheint 2021 unter dem Titel »*Arbeitgeberin Stadt*« und soll junge Frauen inspirieren, ihren beruflichen Werdegang bei der Landeshauptstadt Mainz zu suchen.
- Neben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu den eigenen Veröffentlichungen und Veranstaltungen spielten die Kanäle der Stadt in den sozialen Netzwerken eine wichtige Rolle, besonders um auf die Angebote der Frauenberatungsstellen aufmerksam zu machen.
- Die Internetseite des Frauenbüros wurde vermehrt dazu genutzt, um auf frauen- und gleichstellungspolitisch relevante Studien und andere Veröffentlichungen aufmerksam zu machen. Der 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, der Jahresbericht 2019 des Deutschen Werberates, eine Umfrage zur digitalen Gewalt von Plan International oder der Rentenreport 2019 des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland – sie alle boten genug Lese- und Analysestoff. Ausgebaut wurden auch die Informationsseiten zur Istanbul-Konvention.
<https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/beiraete-beauftragte/rubrikseite-frauenbuero.php>



Dritter Gleichstellungsaktionsplan

Breiten Raum nahm 2020 die Erarbeitung des Dritten Gleichstellungsaktionsplans im Rahmen der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene ein.

Den Auftrag dazu hatte der Mainzer Stadtrat am 17. April 2019 bei der Entgegennahme des Berichts zur Umsetzung des Zweiten Aktionsplans erteilt.



Um neue und weiterhin wichtige Themenbereiche zu identifizieren, fanden unter Federführung des Frauenbüros bald darauf Abstimmungsgespräche mit zahlreichen Akteurinnen und Akteuren aus der Stadtverwaltung statt.

Nach der Kommunalwahl 2019 und der Neukonstituierung des Frauenausschusses sollte dann auch die Kommunalpolitik einbezogen werden.

Dazu fand am 3. Dezember 2019 eine Sitzung des Frauenausschusses in Form eines Workshops statt. Moderiert von Barbara Lampe, tauschten sich die ordentlichen und die beratenden Mitglieder des Ausschusses mit dem Frauenbüro über Handlungsfelder, Maßnahmen und Ziele des neuen Aktionsplans aus.

Eine erste Zusammenstellung von Handlungsfeldern und Maßnahmen lag dann zur Sitzung des Frauenausschusses am 3. März 2020 vor; eine weitere am 6. Juni. Endgültig beraten wurden der 47 Maßnahmen umfassende Aktionsplan in der Sitzung des Frauenausschusses am 6. Oktober 2020. Die Vorlage passierte am 11. November 2020 auch den Haupt- und Personalausschuss, bevor sie dann am 18. November im Mainzer Stadtrat verabschiedet wurde.

Der für den 19. und 20. März geplante bundesweite Austausch der Charta-Unterzeichnerinnenstädte in Dresden musste abgesagt werden.

Kooperationen

In »normalen« Zeiten stehen die Zusammenarbeit und der persönliche Austausch mit frauen- und gleichstellungspolitischen Akteurinnen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene ganz oben auf der Agenda. Ersatzweise halfen ab Mitte März Telefon und später Videokonferenzen, die Verbindungen halbwegs aufrechtzuerhalten.

Wie alle, so brauchten auch die Mainzer Frauenberatungsstellen Zeit, Hygienekonzepte zu erarbeiten und ihre Angebote an die Situation anzupassen. In der ersten Phase der Kontaktbeschränkungen standen der Austausch über die aktuelle Situation in den Organisationen, die Weitergabe von Informationen zum Programm »Mainz hilft sofort«, vor allem aber auch die befürchtete Zunahme von Gewalt an Frauen im Vordergrund. (Näheres siehe unter Antigewaltarbeit Seite 10f.)

Ganz »normal« lief die Unterstützung des Frauenbüros beispielsweise bei Verhandlungen von Frauenorganisationen über den Abschluss vertraglicher Vereinbarungen mit der Stadt.

Relativ »normal« war auch die Zahl von Anfragen und Wünschen aller Art. Sie umfassten das gesamte Spektrum der Arbeit im Frauenbüro, seien es Informationen zur Mainzer Frauengeschichte, Mithilfe bei der Recherche für Veröffentlichungen, Bachelor- oder Masterarbeiten, Kontaktvermittlung zu anderen Einrichtungen oder (online) Vortragstätigkeit.

Ausschuss für Frauenfragen

Drei Sitzungen des Ausschusses waren für 2020 terminiert, und tatsächlich konnten alle drei Sitzungen als Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden. War dies für die erste Sitzung des Jahres am 3. März 2020 noch ohne besondere Vorkehrungen möglich, so mussten für die beiden weiteren Sitzungen am 9. Juni und am 6. Oktober 2020 größere Räume mit entsprechenden Abstandsmöglichkeiten genutzt werden.

In der Hauptsache befasste sich der Frauenausschuss mit dem Dritten Gleichstellungsaktionsplan und der Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt.

Nach der Information darüber, welche Artikel der Konvention auch an die Adresse der Kommunen gerichtet sind, beschäftigte sich der Ausschuss mit ersten Themen einer Konzeption für Mainz. Hierzu hatten Untergruppen des Arbeitskreises Gewalt an Frauen und Kindern erste Ideen und Umsetzungsvorschläge erarbeitet. Weitere Themen des Ausschusses waren der Sachstand zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Mainz, die Überprüfung der Gleichstellungspläne für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe, aber auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Frauenberatungsstellen und die Situation Rat suchender Frauen.

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (LAG)

Seit über 30 Jahren ist die LAG das Koordinierungs- und Austauschgremium der nach der Gemeindeordnung tätigen hauptamtlich besetzten Frauenbüros.

War noch zu Jahresbeginn ein persönliches Treffen der LAG-Sprecherinnen und ein Austausch mit dem Frauenministerium möglich, musste die für April in Kaiserslautern geplante Sitzung der LAG ersatzlos ausfallen.

Anstelle dessen trat eine Umfrage zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit der kommunalen Frauenbüros, aber auch eine vom Mainzer Frauenbüro ausgehende Initiative für solselbstständige Frauen, die keinen Anspruch auf die Soforthilfen des Bundes hatten.

Hier gelang es, neben dem Landesfrauenbeirat, dem Landesfrauenrat auch die Existenzgründungsberatung E.U.L.E. e.V. für einen gemeinsamen Vorstoß bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung zu gewinnen.

Hieraus ergaben sich weitere Kontakte zu solselbstständigen Frauen und zu anderen Interessenvertreterinnen.

Im Ergebnis aber fallen viele der freiberuflich arbeitenden Frauen noch immer durch viele Raster und können nicht von den verschiedenen Hilfspaketen profitieren.

Ein Treffen der gesamten LAG war dann (unter Einhaltung aller Corona-Schutzmaßnahmen) wieder am 7. Oktober möglich.

Nach 20 Jahren ununterbrochener Zugehörigkeit zum Sprecherinnenteam trat Eva Weickart dabei nicht mehr zur Wahl an.

Teil der Arbeit des Frauenbüros für die LAG war und ist die Vertretung in den in Mainz angesiedelten regionalen und überregionalen Gremien. Dazu gehören insbesondere:

- Frauenbündnis Rheinland-Pfalz
- Landesfrauenbeirat
- Landesweiter Runder Tisch im Rahmen des Rheinland-Pfälzischen Interventionsprojekts gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG).

Ein Teil der Vertretungsaufgaben wird auch weiterhin durch das Frauenbüro erfolgen.

Während der Landesweite Runde Tisch 2020 - trotz 20 Jahren RIGG - überhaupt nicht zusammentrat, blieben die anderen Gremien per Telefon und digital verbunden und damit arbeitsfähig.

Das Frauenbündnis traf sich analog und digital zu vier Sitzungen, der Landesfrauenbeirat zu drei Sitzungen. Auch in diesen Gremien standen die Auswirkungen der Pandemie auf unterschiedliche Gruppen von Frauen im Mittelpunkt. Aufgrund der Ende Oktober geltenden Corona-Schutzmaßnahmen ließ sich ein vom Frauenbüro und dem Frauenbündnis geplantes Fachgespräch über die »weibliche Seite der Krise« nicht realisieren.



Teilnehmerinnen der LAG-Sitzung am 7. Oktober 2020 in Speyer. ©Stadt Speyer

Landesarbeitsgemeinschaft der behördlich wirkenden Gleichstellungsbeauftragten (LAG-LGG)

Der Schwerpunkt der Landesarbeitsgemeinschaft zum LGG liegt auf dem Ausbau des landesweiten Netzwerks der behördlichen Gleichstellungsbeauftragten. Neben Informationen zum LGG in Rheinland-Pfalz, geht es um aktuelle Entwicklungen in der Gleichstellungspolitik, eigene Aktivitäten sowie Veranstaltungen und Projekte.

Hierfür organisiert die Landesarbeitsgemeinschaft zweimal jährlich eine entsprechende Sitzung (Frühjahrs- und Herbstsitzung). Präsenzsitzungen waren aufgrund der Pandemie nicht möglich. Als wiedergewählte Sprecherin der LAG konnte Corinna Appelshäuser die Herbstsitzung allerdings online moderieren.

Im Jahr 2020 waren die Schwerpunktthemen der LAG-LGG die Digitalisierung und deren Auswirkungen auf Frauen im Arbeitsleben, die Freistellungsempfehlung für Gleichstellungsbeauftragte sowie die Auswirkungen von Corona auf den Arbeitsalltag von Gleichstellungsbeauftragten.

Arbeitsgemeinschaft Gleichstellung bei den Kommunalen Spitzenverbänden

Der Städtetag, der Landkreistag und der Gemeinde- und Städtebund haben bereits in den 1980er Jahren ein gemeinsames Gremium zur kommunalen Gleichstellungsarbeit gebildet. Die noch im Jahr 2019 angestoßene Debatte um die kommunale Umsetzung der Istanbul-Konvention sollte 2020 fortgesetzt und auf die Ebene der Vorstände der Spitzenverbände getragen werden.

Gelungen ist dies für den Städtetag Rheinland-Pfalz. Als Vertreterin der Städtetagsgruppe in der AG Gleichstellung konnte Eva Weickart im September 2020 an einer erweiterten Vorstandssitzung teilnehmen und zur Bedeutung der Istanbul-Konvention sprechen.

Situationsbedingt fand die reguläre Sitzung der AG Gleichstellung im November als Videokonferenz statt. Den Vorsitz hatte 2020 der Landkreistag inne.

Kommission der Frauenbeauftragten beim Deutschen Städtetag

Neben dem Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten des Deutschen Städtetages gibt es auch eine Kommission, der ausschließlich Frauenbeauftragte aus Mitgliedsstädten angehören. Das Frauenbüro ist seit 2015 in diesem Gremium vertreten.

Die für Ende Mai 2020 in München geplante Sitzung konnte nicht stattfinden, ersatzweise fand das für November 2020 in Magdeburg anberaumte Treffen als Videokonferenz statt.

Mädchenarbeitskreis der Landeshauptstadt Mainz (MAK)

Neben den monatlichen Arbeitstreffen, die dem fachlichen Austausch und der Entwicklung gemeinsamer Projekte der Mädchenarbeit dienen, stehen der Girls' Day, die Mädchentage XXL und der Weltmädchentag als feste Größe auf dem Jahresplan des MAK.

Die Präsenztreffen mussten leider ebenso wie der Girls' Day und die Mädchentage aufgrund der Pandemie ausfallen.



Anlässlich der Situation in Bezug auf die Corona-Pandemie fand der Weltmädchentag 2020 in einem neuen Format statt. In vielen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit wurden in der Woche vom 28. September bis zum 6. Oktober 2020 im Raum Mainz und Wiesbaden unterschiedliche Mitmachaktionen für Mädchen im Alter von sechs bis 18 Jahren angeboten.

Unter dem gemeinsamen Hashtag #WMT2020 wurden alle Aktionen medial gebündelt. Am Freitag, den 2. Oktober 2020 gab auf dem Instagram Kanal »Jugendzentrumreduit« einen Livestream, der von den verschiedenen Einrichtungen und den Programmen aus Wiesbaden berichtete.

Unter Beteiligung mehrerer Jugendzentren unterstützte der MAK wieder die Veranstaltung »One Billion Rising« - Tanzen gegen Gewalt. Die Einschränkungen des Normalbetriebs nutzte das Frauenbüro außerdem zur Fortschreibung der Rahmenkonzeption Mädchenarbeit. Inhaltliche Diskussionen mussten aufgrund des Pandemiegeschehens jedoch verschoben werden.

Antigewaltarbeit

Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern/ Regionaler Runder Tisch Mainz und Mainz-Bingen



Mit zwei Sitzungen (fast) unter Normalbedingungen, einer maskentragend im Foyer des Stadthauses Große Bleiche und einer als Online-Sitzung geführten Sitzung konnte der AK Gewalt im Pandemiejahr immerhin doch mehr als die Hälfte der geplanten Plenumsitzungen abhalten.

Erhebliche Auswirkungen hatten die Kontaktbeschränkungen aber auf die Arbeit der Untergruppen, die ihre regelmäßigen Arbeitstreffen wegen der bis zum Jahresende anhaltenden mangelhaften technischen Ausrüstung insbesondere des Frauenbüros nicht in erforderlicher Weise abhalten konnten.

Veröffentlichungen/Neuerscheinungen

- Jahresbericht 2019 des AK Gewalt
- Broschüre »Gewalt macht krank! Hilfe in der ärztlichen Praxis und in der medizinischen Versorgung bei (sexualisierter) Gewalt in Partnerschaften« für Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen
- Faltblatt »Beschneidung von Frauen und Mädchen (Female Genital Cutting). Information und Hilfe« ein Informationsblatt für betroffene Frauen und ihre Communities in Mainz in leichter Sprache

Aktionen im Jahr 2020

- One Billion Rising 2020: Tanzen gegen Gewalt, Kooperationsveranstaltung im Staatstheater und auf dem Leichhof (siehe Seite 5 unter 14. Februar)
- 25. November – Internationaler Tag Gewalt gegen Frauen

Am Vortag zum Internationalen Tag Gewalt gegen Frauen 2020 hisste Oberbürgermeister Michael Ebling gemeinsam mit Wirtschafts- und Ordnungsdezernentin Manuela Matz und Umweltdezernentin Katrin Eder sowie Vertreterinnen des AK Gewalt symbolisch eine Fahne vor dem Stadthaus Große Bleiche und setzte damit ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen.

Spezielle Themen in den Plenumsitzungen

Neben den festen Tagesordnungspunkten der Sitzungen des AK Gewalt standen im Jahr 2020 die Mainzer Sicherheitsumfrage 2019 sowie frauenfeindliche und sexistische Werbung als Sonderthemen auf der Tagesordnung.

Im Rahmen der ‚Reihe: Einrichtungen aus dem AK stellen sich vor‘ informierten Vertreterinnen des Beratungszentrums der Polizei, der Gerichtshilfe bei der Staatsanwaltschaft Mainz und der Forschungs- und Lehrambulanz der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin über ihre Arbeit.

Aus den Untergruppen

Zum Stand der Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes für Frauen in Flüchtlingsunterkünften aus dem Jahr 2018 traf sich die Untergruppe Flucht Ende Januar 2020 zu einem Gespräch mit dem Amt für soziale Leistungen, bei dem die Schulung von Personal zu Auswirkungen (sexualisierter) Gewalt erfahrenen auf geflüchtete Frauen verabredet und regelmäßige Austauschtreffen beschlossen wurden.

Zum Thema Weibliche Genitalverstümmelung gab die zuständige Untergruppe den oben genannten Flyer für betroffene Frauen in leichter Sprache heraus. Die für 2020 vorgesehene Veranstaltung zu Beratung und Prävention bei Weiblicher Genitalverstümmelung konnte nicht umgesetzt werden. Auch das im Mai geplante Netzwerktreffen musste ausfallen.

Für die im Juli 2020 gestartete Kurzumfrage beim AK Gewalt zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit der Fachberatungsstellen steuerte die Untergruppe Flucht eine Übersicht zu den Folgen für geflüchtete Frauen bei.

Die Untergruppe Istanbul-Konvention startete noch zum Jahresanfang 2020 ihre Arbeit. Zunächst verständigte sich die Gruppe auf die Erarbeitung einer Bestandserhebung zu den Themenbereichen der Istanbul-Konvention mit lokalem Bezug – mitsamt Beschreibung der Defizite und Probleme, um daraus Ziele und (Teil-)Schritte zu deren Umsetzung abzuleiten.

Nach diesem Raster begann die Untergruppe den Bereich Gewaltschutz exemplarisch am Beispiel des Frauenhauses zu bearbeiten. Die hierzu notwendigen Arbeitstreffen konnten jedoch nicht durchgeführt werden.

Um trotzdem handlungsfähig zu bleiben, hatte das Frauenbüro angeregt, zu überschaubaren, abgeschlossenen Themenkreisen mit den entsprechenden Fachfrauen Papiere zur Umsetzung im Rahmen der Istanbul Konvention zu erarbeiten, die dann im städtischen Frauenausschuss beraten werden sollen.

In einem ersten »Schwung« konnten die Themen ‚Medizinische Versorgung nach Vergewaltigung‘, ‚Hochrisikomanagement‘ und ‚Zwangsheirat‘ dem Gremium bereits vorgestellt und deren Aufnahme in ein Gesamtkonzept empfohlen werden. Zwischenzeitlich fertig gestellt wurde eine entsprechende Vorlage zu ‚Weiblicher Genitalverstümmelung‘. Ausarbeitungen zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, zu Mädchen sowie zu alten Frauen und Partnergewalt sollen folgen.

Die Arbeit der Mainzer Frauenberatungsstellen nach dem 16. März 2020

Viele Einrichtungen waren gefordert, von jetzt auf gleich ihr Angebot auf Telefon- und/oder Videoberatungen, Onlineberatung und auch Outdoor-Beratung umzustellen. Arbeitsabläufe mussten umorganisiert, Präsenzzeiten, Homeoffice und Schichtbetrieb vereinbart werden.

Da ging es um Schutz der Mitarbeiterinnen, aber auch um den der Rat suchenden Frauen - oder wie im Frauenhaus und dem MädchenHaus - für die Bewohnerinnen. Dazu kam die rasche Beschaffung und Installation neuer Technik. Viel zusätzliche Arbeit floss für einige Beratungsstellen auch in die Öffentlichkeitsarbeit, um die veränderten Beratungsangebote bekannt zu machen und Anfragen von Medien zu beantworten.

Mit Sorge registrieren etliche Beratungsstellen einen ersten Rückgang an Spendengeldern und Zuweisungen von Bußgeldern. Befürchtet wird auch nachlassendes Interesse an frauen- und gleichstellungspolitischen Themen - und damit auch eine Verschlechterung der Bedingungen für die Arbeit gegen Gewalt an Frauen.

Im Zusammenhang mit dem zweiten Shutdown stellten die Beratungsstellen bis zum Jahresende keinen Rückgang der Beratungsnachfrage fest. Onlineberatung und Videoberatung wurden gut genutzt. Die meisten Einrichtungen führten bis Anfang Dezember noch Beratungsgespräche im direkten Kontakt.

Umfrage: Corona-Blitzlicht

Im Juli hatte das Frauenbüro unter den Mitgliedern des AK Gewalt eine Umfrage zu den Auswirkungen der Pandemie auf ihre Arbeit gestartet. Die Ergebnisse der Befragung wurden auch im Oktober 2020 dem Ausschuss für Frauenfragen präsentiert.

Die Antworten der Fachstellen machten deutlich, dass die bislang geschaffenen Strukturen zwar tragfähig, aber nicht so krisenfest sind, wie sie sein müssten. Also wurden Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, um die Situation zu verbessern. Dazu zählt beispielsweise:

- die Erstellung einer Übersichtsseite im Internet zu Beratungs- und Schutzmöglichkeiten bei Gewalt in Mainz durch das Frauenbüro;
- die Organisation eines Hybridseminars zu digitalem Arbeiten für Mitglieder des AK Gewalt im September 2020 durch das Frauenbüro;
- die Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen an Frauenberatungsstellen zur Weitergabe an Frauen in besonders prekären Lebenssituationen wie etwa Prostituierte, Alleinerziehende, wohnungslose Frauen (Vorschlag nach verwaltungsinternen Gesprächen durch Sozialdezernat aufgegriffen und umgesetzt);
- die Förderung der digitalen Ausstattung der Beratungseinrichtungen zur Sicherstellung der Online-Kommunikation der Fachstellen und Ausgabe von Laptops an Beratungsstellen zur Weitergabe als Leihgeräte an Klientinnen (Vorschlag nach verwaltungsinternen Gesprächen durch Sozialdezernat aufgegriffen und umgesetzt).

2021: 30 Jahre Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern

Am 12. Januar 1991 ist es 30 Jahre her, dass sich der Arbeitskreis Gewalt an Frauen gründete. Auch wenn an eine »Geburtstagsfeier« zumindest bis zum Frühsommer 2021 nicht zu denken ist, wurden bereits andere Aktionsformen zum Jubiläum auf den Weg gebracht.

Frauenbüro als Gleichstellungsstelle

Seit Inkrafttreten des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) 1995 fungiert das Frauenbüro auch als Gleichstellungsstelle für den Bereich der Stadtverwaltung. Die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten nach LGG übten auch 2020 Eva Weickart und Corinna Appelshäuser aus. Für die Eigenbetriebe und den Wirtschaftsbetrieb sind eigene Gleichstellungsbeauftragte benannt.

In der Hauptsache kam es 2020 auf die Mitwirkung an Personalauswahlverfahren in den Besoldungsstufen und Entgeltgruppen an, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Dies war ab der Besoldungsstufe A 11 beziehungsweise Entgeltgruppe 12 der Fall.

Darüber hinaus besteht auch in den Besoldungsgruppen A 5 S bis A 9 S und in den Entgeltgruppen 4 und 5 Unterrepräsentanz, für diese Gruppen fanden aber so gut wie keine Auswahlverfahren statt, in denen Frauen in direkter Konkurrenz zu Männern standen.

Durch die Vielzahl der weiblichen Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst lag auch in den S-Stufen nach TVÖD wiederum keine Unterrepräsentanz vor.

Insgesamt nahm das Frauenbüro als Gleichstellungsstelle an 16 zum Teil umfangreichen Personalauswahlverfahren teil. Bei einem Großteil dieser Verfahren konnten sich Bewerberinnen durchsetzen. Die im Vergleich zu den Vorjahren geringere Zahl an Auswahlverfahren, an denen die Gleichstellungsstelle teilnahm, ergab zum einen aus der notwendigen Beschränkung von Kontakten, aber auch daraus, dass es viele Verfahren für Stellen gab, bei denen keine Unterrepräsentanz vorlag.

Ein Personalauswahlverfahren wurde 2020 beanstandet, jedoch ohne Erfolg.

Im Jahr 2016 wurde erstmals ein Gleichstellungsplan auf der Grundlage des neuen Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) vom 22. Dezember 2015 erstellt. Durch die Gesetzesnovellierung wurde der Begriff »Frauenförderplan« durch »Gleichstellungsplan« ersetzt.

Nach Ablauf von jeweils drei Jahren ist der Gleichstellungsplan auf das Erreichen der Zwischenziele zu überprüfen (§ 16 Abs. 2 LGG). Hierbei erfolgte zunächst die Analyse der Beschäftigtenstruktur auf Grundlage der Daten, die im Gleichstellungsplan 2016 erfasst wurden. Zudem erfolgte eine Überprüfung der Zwischenziele der im Gleichstellungsplan 2016 festgelegten Maßnahmen.

Die nach Ablauf von drei Jahren erfolgte Überprüfung des Gleichstellungsplans konnte 2020 in den Gremien Frauenausschuss und im Haupt- und Personalausschuss behandelt werden.

Persönliche Beratungsgespräche mit Kolleginnen aus der Stadtverwaltung konnten im wesentlichen nur per Telefon geführt werden. Ratsuche per Mail war eher die Ausnahme.



Landeshauptstadt
Mainz

Impressum

Landeshauptstadt Mainz

Frauenbüro

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Tel. 06131 12-2175

frauenbuero@stadt.mainz.de

www.mainz.de/frauenbuero

Gestaltung: Frauenbüro

Bildnachweise bei den Abbildungen

Titel: DENK09 ©Landeshauptstadt Mainz

Mainz 2021